

"Umwege nach Europa" in Süddeutsche Zeitung (23. März 1950)

Legende: Am 23. März 1950 kommentiert die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung das Interview von Konrad Adenauer mit dem amerikanischen Journalisten Joseph Kingsbury-Smith und fragt nach den tieferen Beweggründen, die den Kanzler zum Vorschlag einer Union zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich veranlasst haben.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August. 23.03.1950, Nr. 69. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"umwege_nach_europa"_in_suddeutsche_zeitung_23_marz_1950-de-f8e8c25e-980a-455d-bd74-ff16b6927a49.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Umwege nach Europa

Von Junius

Die Mittel, die Bundeskanzler Adenauer wählt, wenn er sich als sein eigener Außenminister fühlt, sind zuweilen ungewöhnlich. Als sein Sprecher, in der vorigen Woche auf der Pressekonferenz von ungeduldigen Journalisten bedrängt, auf die Frage nach dem Fortgang der mit dem ersten Interview vom 7. März eingeleiteten deutsch-französischen Versuche des Kanzlers zögernd antwortete, Mr. Kingsbury Smith sei noch in Paris und werde erst zurückerwartet, mußte man für einen Augenblick gegen das unangenehme Gefühl ankämpfen, es werde sich jetzt der Boden unter den Füßen auftun, um ganz Bonn zu verschlingen. Wo in aller Welt hat es so etwas schon einmal gegeben, daß außenpolitische Entscheidungen, die das Schicksal einiger beträchtlicher Staaten oder Völker und nicht nur etwa dasjenige Frankreichs oder Westdeutschlands unmittelbar angehen, dem Einfallsreichtum, der Behendigkeit und womöglich der Laune eines Nachrichtenjägers anvertraut werden? Nun, der Boden öffnete sich mitnichten, Herr Adenauer ließ sich auch keineswegs durch ein Echo abschrecken, dessen Kühle nur deshalb noch erträglich ausfiel, weil man in den Kreisen, die Außenpolitik zu machen pflegen, noch immer etwas auf Höflichkeit hält. Er gab dem amerikanischen Korrespondenten ein weiteres Interview, in dem er Frankreich großzügig vorschlägt, seine Souveränität und einige zäh behauptete Großmachtreservate in einen gemeinsamen Topf zu werfen, wobei sich ihm selbst der Gedanke dieser Union offensichtlich so anziehend darstellte, daß er von den übrigen Staaten Westeuropas glaubte voraussetzen zu dürfen, diese würden sich dem so geschaffenen Kern selbstlos begeistert anschließen. Weshalb er sie gar nicht erst erwähnte. Statt dessen nahm er Gelegenheit, die Briten einiges von seinem alten Groll spüren zu lassen. Gleichzeitig versäumte er nicht, um dem deutschen Hang zu Zweifrontenkriegen treu zu bleiben, den Sowjets zu unterstellen, sie seien entgegen allen falschen Hoffnungen des Westens durchaus imstande, einen Eroberungskrieg vom Zaun zu brechen, wann immer es ihnen passe.

So sieht die Sache aus, in all ihrer Peinlichkeit, wenn man sie mit den Augen eines sehr strengen Beobachters der weltpolitischen Zeitläufe ansieht, der einfach nicht daran glaubt, daß sich die langsam und doch einigermaßen zeitbewußt arbeitenden Kabinette und Gehirntruste der Großstaaten von einem Zeitungsinterview umwerfen lassen, und der überdies weiß, daß Zollunionen und dergleichen sogar unter volksverwandten Staaten meist Entwicklungsprozessen von langer Dauer unterliegen. Aber man würde vermutlich der nie bestrittenen Schläue Herrn Adenauers doch unrecht tun, wollte man annehmen, er habe seinen Plan, den er selbst als kühn bezeichnet, nur so ins Blaue geredet. Seine Sorge um das todkranke Europa ist sicher ebenso echt, wie sein Wunsch es zu retten. Viel wahrscheinlicher ist, daß er politische Gründe hatte, die ihn bewogen, auch diese Partie — wie unsere Machiavelli in der Westentasche heutzutage so gerne sagen — „einmal durchzuspielen“. Nur erhebt sich dann natürlich sofort die Frage, ob diese Beweggründe ebenso löblich wie politisch sind. Unbedingte Kritiker des Bundeskanzlers argwöhnen, man habe in Bonn zu ähnlich klingenden Erklärungen de Gaulles verdächtig die Ohren gespitzt, und es sei auffällig, daß des Generals verhülltes Angebot, sich selber als eine Art Gottfried von Bouillon an die Spitze eines geeinten Europas zu stellen, bei der CDU samt ihrer Presse alle herkömmlichen Vorbehalte gegenüber der Gaullistischen Auffassung von Demokratie scheinbar auslöscht.

Nun, wir wollen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, auch gehören wir nicht zu denen, die dem Kanzler um jeden Preis am Zeuge flicken wollen. Wir möchten eigentlich meinen, obwohl auch wir von seiner Vorliebe für gelegentlich kleine Roßtäuschereien nicht unbeeindruckt geblieben sind, daß er sich niemals bereit gefunden hätte, diesen geradezu abenteuerlich aufgeblähten Versuchsballon in so widrige Lüfte zu entlassen, wenn er seinen eigenen Rücken nicht gedeckt wüßte. Wahrscheinlich ist es doch so, daß die Amerikaner in erster Linie daran interessiert sind, endlich eine brauchbare Ausgangsstellung für die im Marshallplan angestrebte und finanzierte Vereinigung Westeuropas zu schaffen. Die Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit der Marshallplanländer haben in Amerika enttäuscht. Die Schwerfälligkeit der Staatsapparate findet man drüben ebenso unbegreiflich wie die nationalstaatliche Eifersüchtelei. Großbritanniens Commonwealth-Dasein und seine Hemmung gegenüber kontinentalen Gemeinschaften werden als störend empfunden. Es liegt also schon eine gewisse Logik darin, wenn die amerikanischen Europa-Experten, vor allem jene, die den Dollarfonds verwalten, auf der Suche nach vereinfachenden Formeln zu der Vorstellung gelangen, man müsse zunächst die traditionelle europäische Stellung und Rolle

Frankreichs, das in Amerika ohnehin von jeher mit einem Übermaß an Nachsicht und Zuneigung rechnen durfte, mit dem wirtschaftlichen Potential des europäischen Grenzlandes, das die Bundesrepublik nun einmal ist, verbinden. Es liegt sogar eine gewisse Logik auch darin, daß sich der Kanzler, dessen Regierung seit seiner außenpolitischen Niederlage in der Saarfrage auch innenpolitisch in schwere Situationen geraten ist, in der Gewißheit, den Amerikanern zu gefallen, einen großen Coup riskiert, um über manche kleinlichen Widerstände mit Schwung hinwegzukommen.

Trotz allem bleibt die Frage, ob es so gemacht werden konnte. Mister Kingsbury Smith war, so scheint uns, kein geeigneter Geschäftsträger, um den löblichen Willen des Bundeskanzlers zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen, in die „rechten Kanäle“ zu bringen. Ebenso wenig jedoch konnte Herr Adenauer der Berufene sein, um den Franzosen einen ebenfalls löblichen Wunsch der Amerikaner, den man in Paris sowieso kennen dürfte, nahezubringen und noch dazu über Stalins Leibinterviewer. Als die Saarkonventionen unterzeichnet wurden, sprach der Kanzler, der sie eigentlich seit Außenminister Schumans Besuch in Bonn als unvermeidlich erwarten mußte, von der „Zerstörung seines Lebenswerkes“. Wir zweifeln nicht, daß die ebenso vernünftige wie sentimental betonte Überzeugung von der Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland, die darin zum Ausdruck kommt, durchaus ehrlich ist. Gerade deshalb muß bedauert werden, daß er durch übertriebene, maßstablose und verwegene, zudem unerbetene Angebote und Vorschläge das Vertrauen in seine Beteuerungen so weit erschüttert, daß die christlich-demokratische Zeitung „Aube“ schreiben konnte, die unglaubliche Erklärung Adenauers widersetze sich einer Vereinigung Europas, da sie eine Reihe von Staaten verletze und den alten Traum wieder heraufbeschwöre, Europa um Deutschland herum und für Deutschland aufzubauen. Das ist ein Mißverständnis, das Adenauer nicht verdient. Aber er hätte es vermeiden können, wenn er, statt eine Union vorzuschlagen, den Schritt getan hätte, den Frankreich und mit ihm die Welt seit Wochen erwartet, wenn er nämlich die Bereitschaft der Bundesrepublik erklärt hätte, trotz der Saarkonventionen mit einem gewissen Vorschuß an gutem Glauben in den Straßburger Europarat einzutreten.